



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

98 (28.2.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184128](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184128)

Waffenstillstandsbedingungen als notwendig erweisen. Diese Verhandlungen sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihr Verlangen aufzuheben.

Freiung deutscher Geiseln in Polen.
Weimar, 23. Febr. (Von unserem Vertreter.) Auf eine Anfrage L. Hugenberg und Gen. erhielt Minister Erzberger eine schriftliche Antwort, der wir folgendes entnehmen: Die Freilassung des Generalsuperintendenten Dr. Blau und anderer Geiseln der Provinz Polen ist angeblich als Vergeltung für die Freilassung polnischer Geiseln erfolgt. Diese Begründung ist unrichtig, da polnische Geiseln als Geiseln nicht festgehalten, wohl aber mehrere wegen Hochverratsverbrechen verhaftet worden sind.

Bei den Verhandlungen mit General Dupont am 23. 2. ist die schnelle Entlassung aller Geiseln und Internierten unter Zusage der Gegenseitigkeit gefordert worden. Es wurde mit General Dupont ein Einverständnis darüber erzielt, daß dies geschehen soll.

Schutz gegen die Folgen der Verkehrsstörungen.
Weimar, 23. Febr. (Von unserem Vertreter.) Der Reichsjustizminister hat der Nationalversammlung einen Entwurf des Gesetzes zum Schutz gegen die Folgen der Verkehrsstörungen unterbreitet, dessen Hauptbestimmung lautet: Auf Antrag des Schuldners kann die Zahlungsfrist bis zu 6 Monaten bestimmt werden, wenn infolge der vorliegenden Erschwerung des Verkehrs mit Teilen des Reichsgebietes die Wirtschaftslage des Schuldners wesentlich verschlechtert ist. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Befreiung deutscher Gebietsteile auf Grund des Waffenstillstandes eine Erschwerung des Verkehrs, insbesondere auch des Zahlungsverkehrs, zur Folge hat.

Zum Fall Köchling.
Weimar, 23. Febr. (Von unserem Vertreter.) Der Abgeordnete Dr. Köchling der Deutschen Volkspartei hat in der Nationalversammlung eine Anfrage gestellt, welche sich auf das Kaufen von Maschinen aus den im Krieg besetzten Teilen Frankreichs und Belgiens bezieht. Er lautet: Der Käufer hat sich durch den Ankauf dieser Gegenstände weder nach deutschem noch nach belgischem oder französischem Recht einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Gleichwohl ist wegen dieser Handlungen eine große Zahl von deutschen Wertleistern in den grenznahen Gebieten besetzten Gebieten verhaftet und ungeduldet der Vorstellungen der deutschen Waffenstillstandskommission schon seit Monaten in Haft gehalten worden. Es ist nach unumkehrbaren Nachrichten der Hüttenbesitzer Robert Köchling aus Dierdorf bereits zu einer Zuchthausstrafe von 7 Jahren verurteilt worden.

Weimar, 23. Febr. (WZ.) Der Nationalversammlung ging ein Antrag des Ausschusses für Wahlprüfungen ein, nach welchem dieser Ausschuss ermächtigt werden soll, die Beweishebungen über die Wahlprüfungsangelegenheiten von sich aus vorzunehmen oder anzuordnen.

Postalische Fragen.

Weimar, 23. Febr. (Von unserem Vertreter.) Der neue Postminister Giesberts hielt heute in einem kleinen Kreise von Verkehrsleitern einen kurzen Vortrag über die Aufgaben, die sein Ressort zur Zeit beschäftigen und noch beschäftigen werden. Zunächst teilte er mit, daß zur Erinnerung an die Nationalversammlung eine besondere Briefmarke eingeführt werden soll. Damit soll jedoch der Einführung neuer Briefmarken entsprechend unseren staatlichen Verhältnissen nicht vorgegriffen werden. Die Wiederzulassung von Brieftelegraphen ist zur Zeit noch nicht möglich, da der Telegrammverkehr zur Zeit noch sehr beeinträchtigt ist. Für die Zukunft ist beabsichtigt, ein großes unterirdisches Telegraphen- und Fernsprechnetz herzustellen, das fast alle Hauptorte miteinander verbindet. Am Reichspostministerium ist die drahtlose Telegraphie von dem Telegraphen- und Fernsprechnetz abgetrennt. Die ermöglichten Gebühren für Brieftelegraphen werden, sobald der Betrieb hergestellt ist, auch im Verkehr mit den feindlichen europäischen Staaten Weg greifen. Außerdem ist die Umwandlung des Post- in Kraftwagenbetrieb für die bedeutendsten Großstädte ins Auge gefaßt. Ferner die Verbesserung und Verbilligung des Postbeförderungsdienstes durch erweiterte Benutzung der Straßenbahn. Der Paketdienst soll an allen Orten wo er jetzt ruht, möglichst bald wieder aufgenommen werden. Die Zahl und Befreiung der Posthalter soll ebenfalls wieder auf den vor dem Krieg erreichten Stand gebracht werden.

Deutsches Reich.

Zur Notlage des deutschen Wirtschaftslebens.
Wird von den zentralen Verbänden von Deutschlands Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft am 13. März in Berlin eine gemeinsame Kundgebung geplant. Als letzte Warnung vor dem Zusammenbruch werden hervorragende Vertreter der genannten Erwerbsstände die letzte Lage des deutschen Wirtschaftslebens und die dringenden Forderungen von Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft darlegen.

Baden.

Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag.
oc. Karlsruhe, 23. Febr. (Pr.-Tel.) Der von dem Haushaltsausschuß der badischen Nationalversammlung bereits genehmigte Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918 und 1919 ist soeben im Druck erschienen. Er enthält u. a. die Anforderung von 540 000 M für Kriegsteuerungsbeihilfe an Hinterbliebene von Hauptlehrern, von 1 250 000 M für Kriegsteuerungsbeihilfe an zu Ruhe gesetzte etatsmäßige Beamte und Volksschullehrer, von 2 000 000 M für Kriegsteuerungsbeihilfe an Hinterbliebene etatsmäßiger Beamter, auch eine Anforderung von 24 000 000 M für außerordentliche Zuwendungen an Beamte, Bedienstete und Lehrer. In dieser letztgenannten Summe ist enthalten der Zuschlag zur Kriegszulage mit 13 500 000 M und die einmalige Teuerungszulage mit 10 500 000 M. An Einnahmen enthält der Nachtrag zum Staatsvoranschlag einen Betrag von 11 500 000 M, der aus der bereits mitgeteilten Erhöhung der Vermögens- und Einkommensteuer gewonnen wird und einen Posten von 1 500 000 M Erlös der Eisenbahnverwaltung an Kriegsteuerungsbeihilfe für zur Ruhe gesetzte Beamte und Hinterbliebene solcher, zusammen somit 13 000 000 M. Ferner enthält dieser Nachtrag einen Posten von 43 552 000 M der Eisenbahnbetriebsverwaltung, darunter 12 747 000 M für Tages- und Etättöhne, 1 500 000 M für Beihilfe an zur Ruhe gesetzte Beamte, 15 240 000 M für Kriegszulagen und auch Beihilfen für etatsmäßige Beamte und das nichtetatmäßige Personal, ferner 5 525 000 M für Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter und Beschaffung der Vorräte und endlich 8 500 000 M für Löhne der Werkstättenarbeiter. Ueber die Deckung dieser Ausgaben hat sich die Regierung ihre Vorschläge noch vorbehalten.

Die nächste öffentliche Sitzung der badischen Landesversammlung.
oc. Karlsruhe, 23. Febr. (Pr.-Tel.) Die vierte öffentliche Sitzung der badischen Landesversammlung ist auf Dienstag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, einzuberufen. Auf der Tagesordnung steht die Beantwortung

kurzer Anfragen über das Gymnasiumsgebäude in Lahr und über die Zwangsversteigerung gegen Kriegsteilnehmer, ferner die Beantwortung der Interpellation über die Wohnungszulage. Des weiteren enthält die Tagesordnung die Behandlung des Gesetzentwurfes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten und die Besprechung der Wünsche der Eisenbahnbeamten in Mannheim und die Vereinigungen der oberen Beamten in Mannheim und Heidelberg um Bewilligung neuer Teuerungszulagen, ferner die Behandlung des Gesetzentwurfes über die Steuererhöhung für das Jahr 1919.

Unsere diesjährige Kartoffelverforgung.

apt. Die amtliche Statistik über die Kartoffelernte des Jahres 1918 liegt jetzt vor, und aus ihr erkennt man, daß die Sorgen, die unrichtigere Arealie an unsere diesjährige Kartoffelverforgung knüpfen, wider sehr berechtigt sind. Abgesehen von Elb-Bothrischen, Reiste sich die Ernte des vorigen Herbstes auf 29,5 Millionen Tonnen. Für das Jahr 1918 und 1919 veranschlagte die amtliche Statistik, ebenfalls ohne Elb-Bothrischen, Ernteträge von 52,3 Millionen Tonnen. Hieraus ergibt sich, welchen außerordentlichen Rückschlag unsere Kartoffelerzeugung erlebt hat. Er ist teilweise auf die Einschränkung der Anbaufläche zurückzuführen, die noch im Jahre 1915 3,5 Millionen Hektar betrug, während sie im Jahre 1918 auf 2,7 Millionen zurückgegangen ist. Also um fast ein Drittel hat sich unsere Kartoffelanbaufläche verringert. Nun ist allerdings seit dem Jahre 1916 für die amtliche Feststellung des Erntetrages eine abgeänderte Methode zur Anwendung gebracht. Bis dahin wurde die amtliche Erntestatistik auf der durch die Gemeindevorstände Ende Mai bis Anfang Juni vorgenommene Anbauflächenermittlung aufgezogen. Seit 1916 trat an deren Stelle eine Ernteflächenberechnung, bei der die angebauten Flächen durch Befragung sämtlicher Betriebsinhaber von ihrer Stellvertreter festgestellt wurden. Das statistische Amt fand in seiner Erklärung zur Kartoffelstatistik selbst, es beständen begründete Zweifel, ob die neue Methode Anpruch auf größere Richtigkeit erheben dürfe. Hier wird also von amtlicher Seite das Ergebnis der ganzen Erntestatistik in Zweifel gezogen. Ueber Erntestatistik ist in den Kriegsjahren viel geredet und geschrieben worden. Leider scheitern wir von einer zuverlässigen Methode der Erntefeststellung noch sehr weit ab zu sein. Und doch wäre eine solche für die nächsten Jahre, wo wir gewonnen sind, unsere Einfuhr so weit als möglich zu beschränken, dringend erforderlich. Für die Kartoffelverforgung dieses Wirtschaftsjahres müssen wir uns naturgemäß an die amtliche Statistik halten. Berücksichtigt man dabei, daß jetzt auch noch die für den Kartoffelanbau wichtigste Provinz Polen zum größten Teil bei der Verforgung Deutschlands ausfällt, so ergibt sich, daß die nächsten Monate bis zur neuen Ernte im Zeichen starken Kartoffelmangels stehen werden.

Letzte Meldungen.

Räte im englischen Grubengebiet.

c. Von der Schwester Genay, 23. Febr. (Wrio.-Tel.) Die Bostoner Nachrichten melden aus London: Die Grubenarbeiter Englands haben durch ihre Drohungen einen großen Erfolg davon getragen. Der Grubenbesitzerverband mußte sich damit einverstanden erklären, Räte zu bilden, die aus Arbeitern und Grubenbesitzern zur gemeinsamen Verwaltung der englischen Minen. Diese gemeinsamen Räte werden die Verwaltung der englischen Minen leiten und die Diäten, die dem Besitzer bezahlt werden, genau bestimmen.

Entlassung deutscher Gefangener.

Berlin, 23. Febr. (WZ.) Einer Berliner Neutermeldung zufolge werden 300 deutsche Gefangene demnächst aus einem Gefangenenlager in der Nähe von Lour entlassen. Es sind die ersten Gefangenen, die von den Alliierten entlassen werden. Alle sind eisbahningelieferter Abstammung.

Letzter Vorbeds Heimkehr.

□ Berlin, 23. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Eine eigene Drohung der Verl. An. aus Amsterdam meldet, daß die Ostafrikaner mit General von Lettow-Vorbeck ihre Abreise nach Deutschland erst morgen Samstag antreten werden.

Heimkehr der deutschen Jollisternierten aus England.

m. Köln, 23. Februar. (Wrio.-Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet aus dem Ossa: Das Hollandische New Büro meldet aus London, die in England internierten Deutschen werden nach einem Nachschub von 1 000 Mann in der Woche heimgekehrt. Seit der Revolutionskrisis über 8 000 Deutsche abgeführt worden. Sobald mehr Schiffraum zur Verfügung steht, wird die Heimkehrerzahl in noch kürzerer Weise vor sich gehen. Es werden jedoch nicht alle Deutsche, die sich in Internierung befinden, nach Deutschland geschickt, sondern nur diejenigen, die nicht anderen vordringen und keine ausstehende Gründe für ihr Verbleiben in England vorbringen können, werden heimgekehrt.

Vollzug zur Lage in Deutschland.

c. Von der Schwester Genay, 23. Febr. (Wrio.-Tel.) Die „Times“ schreibt: Vollzug erklärte, daß in der dritten Märzwoche die Verhandlungen über die Friedensverhandlungen ihren Anfang nehmen. Die Lage in Deutschland sei befriedigend und hoffnungsvoll. Die Alliierten seien gewillt, einen Teil ihrer Forderungen zurückzugeben, um in absehbarer Zeit in Europa geordnete Verhältnisse wieder herzustellen.

Holland bleibt gestillt.

Haag, 27. Febr. (WZ.) Korrespondenz-Büro. In der zweiten Kammer tritt die Kriegsminister, er drückt den Augenblick für eine Verminderung der Rüstungen noch nicht für gekommen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Friedensschluß müsse abgewartet werden. Kräftigungen seien augenblicklich gefährlich. Holland müsse sein Heer gegen jeden Verluß, Anbestelle loszulassen, bereit halten. Maßregeln, um eine etwaige zweite Mobilmachung zu beschleunigen, seien getroffen. Die letzte Mobilmachung soll noch nicht befohlen, daß Holland sich Limburg und Seeländisch-Fländern ohne weiteres annehmen lasse.

Berlin, 27. Febr. (W. B.) Die nach Europa einberufene Reichskonferenz der Deutschen Ostbeamten-Vereine und Institute der Anrainer und Westbaltischen Ostgebiete in Mitteldeutschland verschoben werden.

A. München, 23. Febr. (Wrio.-Tel.) Im Rätekongreß sind einige Anträge eingegangen, die von weitgehendem Interesse sind. Etwaig soll der Zentralrat eine Kommission einsetzen, welche

die Verantwortlichkeit des Inzeratwesens sofort in Angriff nehmen soll. Weiter soll der Zentralrat dafür sorgen, daß in allen besetzten Gebieten Personen, die der Gegenrevolution verdächtig sind, als Geiseln festgenommen werden. Ferner verlangt ein Antrag, daß im Kongreß künftig keine Fraktionsführer mehr abgehalten werden, da dies Verhinderungstatist sei.

Köln, 23. Febr. (WZ.) In Westhofen bei Köln stürzte infolge Explosion der Unfallraum des dortigen Munitionsdepots ein, in welchem 42 Granaten lagen. Bis her barg die Feuerwehr 13 Tote und 12 zumteil schwer, zumteil leicht Verletzte.

m. Köln, 23. Febr. (Wrio.-Tel.) Zu wiederholten Malen seit kurzer Zeit haben unläutere Personen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal wie Waidern behauptet. Sie haben eine Anzahl Plakate verteilt, Schaulustler gestört und besonders das Kaiser-Wilhelm-Denkmal an verschiedenen Stellen mit weißer Farbe beschmieret.

c. Saarbrücken, 23. Februar. (Wrio.-Tel.) Die wir vernahmen, werden die Franzosen im besetzten Saargebiet die staatlichen Bergwerke verbieten ausfüllen und in Abhängigkeit umzuwandeln, um auf diese Weise die Bergwerke auch wirtschaftlich in die Hände zu bekommen.

Haag, 27. Febr. (WZ.) Heute nachmittags fand auf der deutschen Gesandtschaft zu Ehren des Generals von Lettow-Vorbeck großer Empfang statt, zu welchem holländische Freunde, die Mitglieder der deutschen Kolonie im Haag, sowie holländische und deutsche Pressevertreter erschienen waren.

Handel und Industrie.

Mannheimer Kakaobörse.

Die heutige Börse war wieder geschäftlos. Schwächer lagen Benz-, Dingersche Maschinenfabrik- und Waggoubauaktien.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 23. Febr. (Wrio.-Tel.) Der heutige Börsenverkehr zeigte eine abwärts gerichtete Haltung und erst im weiteren Verlauf des Geschäftes machte sich ein einigermaßen ruhiger Verlauf bemerkbar, die die Gesamtstimmung etwas freundlicher ersahnen ließ. Im allgemeinen zeigte die Notierungen jedoch nur geringe Veränderungen. Der Montanmarkt bewies heute Widerstandskraft gegenüber den ungünstigen Wirkungen, die sich aus der unpolnischen Lage für dieses Gebiet ergeben. Deutsch-Luxemburger 120/1, plus 1/2, Ostend-Niederlande schwächten sich etwas ab, 100/1. Gegen ihren gestrigen Abendkurs stellten sich Daimler etwas niedriger. Unter den Eisenwerten hielt die Nachfrage nach Deutsch-Übersen an. Kolonialpapiere traten in den Hintergrund, Neu-Quina schwächten sich ab. Niedriger stellten sich Lombarden 10/1, Chastung mit 110 ebenfalls schwächer. Der Markt der Schiffahrtaktien war wenig belebt und die Kursbewegung bescheiden. Petroleum- und Kalkwerte stiegen. Der Abschluß der Berliner Handelsgesellschaft mit wieder 8 Prozent wie im Vorjahr, hinterließ keinen Eindruck, da man kein klares Bild gewinnt, wie die anderen Großbanken abschließen werden, die mit den schwierigen Gehaltsfragen zu rechnen haben.

Die Kurse auf dem Einheitsmarkt blieben mit wenig Ausnahme ruhe behauptet. In chemischen Aktien waren die Umsätze geringfügig. Badische Anilin stellten sich niedriger. Auf dem Rentenmarkt waren Deutsche Kriegsanleihen schwach. Auch Reichsschatzscheine waren billig angeboten. Von ausländischen Fonds blieben Pfundanleihen etwas schwächer, 3 1/2. Von Reorganisations-Chinesen fanden vorübergehend Beschäftigung. Mexikaner ungleichmäßig. Sonstige deutsche Staats- und Stadtanleihen blieben angeboten. In reger Nachfrage standen serbische, russische und italienische Coupons. Im freien Verkehr fanden Julius Schindl, Mainzer Oas bei besseren Kursen Aufnahme. Benzaktien höher. Zu höheren Kursen wurden Mühlwerke Aktien gesucht. Privatdiskont 3 1/2, und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 23. Febr. Wie an den Vorjahren verkehrte auch heute die Börse mit ziemlich ruhigen Geschäft, da sich die Spekulation im Hinblick auf die aus den Streikgebieten bekannt gewordenen Berichte zurückhaltend verhält. Namentlich zu Beginn des Verkehrs waren die Umsätze eng begrenzt. Später wurde das Geschäft teilweise etwas lebhafter. Die Kaulstau wandte sich in erster Linie einigen westdeutschen Montanwerten zu so Gebirgskirchner, Phönix und Lothringer Hütte. Bemerkenswert war die Besorgung einiger Elektrowerte, wie AEG und Felten. Von Rüstungspapieren wurden Gebr. Böhrer und Orestein zu etwas erhöhten Kursen umgesetzt. Am Anlagemarkt neigten ausländische Werte eher zur Schwäche. Deutsche Werte blieben im allgemeinen behauptet.

Berlin, 23. Februar. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	28.	27.
Konstantinopel	Gold 340.00	Brief 340.00
Holland 100 Gulden	218.00	218.50
Dänemark 100 Kronen	240.75	241.25
Schweden 100 Kronen	229.75	230.25
Norwegen 100 Kronen	171.75	172.—
Schweiz 100 Franken	48.45	48.55
Ost-Ungarn 100 Kronen	157.—	158.—
Spanien	91.25	91.75
Bulgarien 100 Leva	91.25	91.25
Helvauglor	91.25	91.75

Tabak.

Mannheim, 27. Febr. (Wochenbericht.) Die Pflanzler überten immer noch Tabake der 1918er Ernte an die zum Bezug berechtigten Vergärfirmen ab. Die Verwertigungen in einer Reihe von Orten ergaben aber zum Teil wesentlich geringere Mengen, als die Schätzungen lauteten. Geht schon daraus deutlich hervor, daß ein Teil der vorjährigen Gewächse nicht an die zur Ernte langnahme bestimmten Firmen gelangt ist, so beweisen auch die in jüngster Zeit häufig erfolgten Beschlagsnahmen, daß viel Tabak auf Schleichwegen an Weiterverarbeiter abzuliefern gesucht wird. Daß die Pflanzler, trotz des Zugeständnisses verhältnismäßig hoher Preise durch die Behörde, gegen die Verordnungen verstoßen, ist um so bedauerlicher, als durch die Überwertung der Rohware im Keimhandel die Tabakerzeugnisse ungehörig verteuert werden müssen. Die amtlichen Richtpreise, die 4- bis 5 so hoch sind wie die Friedenspreise, sollten die Pflanzler doch eigentlich vollkommen zufriedenstellen. In den Magazinen der Vergärfirmen sind alle Arbeiter voll mit der Behandlung der neuen Tabake beschäftigt. Soviel steht fest, daß die Beschäftigung der vorjährigen Gewächse gut ist, daß diese für die Herstellung von Zigarren geeignete Rohware enthalten und auch solche, die sich für Pfeifentabak gut verwenden läßt. Freilich muß mit einem nicht unerheblichen Prozentsatz von Abfällen gerechnet werden, wodurch die Ware verteuert wird. Von neuen Gruppen bewegen die Verarbeiter weitere Mengen, und es dürfte wohl schon der größte Teil des Ergebnisses im Verbrauch sein. Vereinzelt werden aber immer noch Pöschchen angeboten: so etwa 1000 Zentner Sandgruppen, darunter 500 Zentner Haardgruppen, seitens einer Karlsruher Vermittlerfirma, weitere 300 Zentner Bühlerlager Sandgruppen usw., alles freilich nur gegen Bezugscheine. Mit diesen Gruppen können sich die Verarbeiter zum Teil wenigstens über den ungewöhnlich großen Mangel an anderen Tabaken kurzweilig hinwegsetzen. Am Markt für 1917er Tabak fand man nur sehr mäßiges Angebot vor, was die schwierige Lage der Verarbeiter noch verschärft. Die Knappheit fällt besonders bei Zigarrenregulins Gewicht, von dem Deckblatt sieht nur in ganz unzulänglichen Mengen erhältlich war. Es mehren sich die Versuche, Einlagen oder Umblatt gegen Deckblatt einzutauschen. Mißlingen wurde auch der Eintausch von Umblatt gegen Einlage versucht. Zornell ist ein Angebot von 120 Zentner Nachttabak der 1917er badischen Ernte, für Zigarreneinlage sich eignend, am Markt. Für Zwecke der Herstellung von Rauchtabak geeignete Rohware ist eher erhältlich, wie Zigarrenregul. Angesichts des beängstigend zunehmenden Mangels an Zigarrenrohmaterial befürchtet man nicht mit Unrecht weiteres Zurückgehen im Angebot von Zigarren und weitere Preissteigerung. Auch der Vorrat an Zigarrenrohmaterial wird immer kleiner, weil seit einiger Zeit die Zufuhren aus durch völlig abgeschnitten sind, seitdem unsere Beziehungen zu den Balkanstaaten gänzlich aufgehört haben.

Aus Stadt und Land.

Schwarzschlachungen und Schleichhandel.

Aus hiesigen Wirtschaftskreisen wird uns zu dem von der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten halbamtlichen Artikel über Schwarzschlachungen und Schleichhandel, von dem wir einen Auszug brachten, geschrieben:

Der fragliche Artikel befaßt sich unter anderem auch wieder mit dem Schwarzschlachungen, die die größte Schuld an dem Schleichhandel tragen sollen. Auch soll das Fleisch der Schwarzschlachungen größtenteils den Wirtschaften zugeführt werden. Die Maßnahmen, die die Behörde vorzunehmen gedenkt, verleiht die Bevölkerung gegen die Wirtse. Die Wirtschaften sind jedoch nicht in der Lage, mit den ihnen zugewiesenen Lebensmitteln ihren Bedarf auszufüllen und müssen wohl oder übel auf andere Art sich Waren verschaffen. Selbst der Arbeiter verlangt vom Markt ordentlich zu verhörrte Speisen. Bisher ist die Behörde nicht einschüßlich genug, die Wirtschaften zu schützen. Die Wirtschaften der verschiedenen Wirtschaftszweige waren des Jähren bemüht, diesbezüglich vorstellig zu werden. Selbst eine Unterredung mit dem Lebensmittelminister Herrn Trunt konnte das Los unseres Wirtschaftes nicht verbessern. Die Wirtschaften zu unläuterer Mitteln gezwungen werden, kann ihnen nicht verübelt werden. Wenn der Artikel behauptet, es gäbe Wirtschaften genug, in denen keine Fleischmarken abgegeben werden brauchen, so liegt die Schuld nicht am Markt, sondern meist bei den Wirtschaften. Wer sollte denn auch Marken abliefern, die kaum für die Wirtschaften ausreichen sind, wenn man z. B. gezwungen ist, geschlachtete in den Wirtschaften zu verkaufen?

Dann macht das Lebensmittelamt beim Abklopfen der Marken, immer große Schwierigkeiten und Scherereien. Aus diesem Grunde liefert eine Anzahl von Wirtschaften keine Marken mehr. Um trotzdem seinen Betrieb führen zu können, mußte man von den Wirtschaften eigentlich alle Lebensmittelmarken verlangen, denn das einzige, was man vom Lebensmittelamt bekommt, ist durchaus ungenügend. Die Lebensmittelbehörde ist leider nicht verständnisvoll genug, um begreifen zu können, was ein Wirtschaftsbetrieb ist. Es werden Maßnahmen am grünen Tisch getroffen. Man wähnt nicht mit den Wirtsen für die Wirtschaften, die Wirtschaften und vielen anderen Abgaben des Wirtschaftsbetriebes. Bis heute haben die Wirtschaften nur für das Fleischamt geseht. Während des Krieges waren die Wirtschaften am liebsten daran. Keinem Markt war es möglich, Gewinn zu erzielen, wie dies bei vielen anderen Wirtschaften der Fall war. Man hätte gerade nur seinen nötigen Lebensunterhalt. In letzter Zeit scheint sich der Markt und der Markt nicht in ganz einseitiger Weise vorzugehen und Rache und Kelter der Wirtschaften auszuräumen. Es kommt ihnen dabei auch nicht darauf an, zu kontrollieren, ob die Ware auf rechtmäßige oder unrechtmäßige Weise erworben ist. Man macht keinen Unterschied, ob z. B. gezeichnete Ware im freien Verkehr erworben wurde oder nicht, und bezahlt dabei nicht, daß von Wirtschaften, ebenso wie der Bevölkerung, keine Kontrolle gefordert werden. Damit soll denn der Markt seinen Betrieb aufrecht erhalten? Wenn in kurzer Zeit keinerlei Verbesserungen und Besserungen getroffen werden, werden die Wirtschaften sich zwingen, ihren Wirtschaftsbetrieb zu schließen und übernehmen keinerlei Verantwortung, wenn die Lebensmittelbehörde noch schlimmer werden sollten. Man gebe ihnen genügend Lebensmittel jeglicher Art, dann hört auch bei den Wirtschaften der Schleichhandel von selbst auf.

Die Hochbauvermittlungsprüfung. Der Beginn der nächsten Vertriebsprüfung für den Hochbauingenieur ist auf den 7. April festgelegt worden. Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum 12. März beim Bezirksamt zur weiteren Vorlage einzuweisen.

Das städtische Notgeld. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Die von Gemeinden ausgegebenen Notgeldscheine, in den Wirtschaften von 20 Mark und abwärts, deren ursprüngliche Laufzeit bis 1. Febr. befristet, sind nachträglich bis 1. April verlängert worden. Ist aber nach Verlängerung noch kein Notgeld des Ministeriums der Finanzen im ganzen Lande, als auch außerhalb des Ausgabebereichs, wie bisher von den staatlichen Stellen an Zahlungsorten angenommen werden.

Kriegsbeschädigte in der neutralen Zone. Für Kriegsbetroffene, die von dem Verlust des Aufenthalts in der neutralen Zone betroffen werden, oder militärischen Behörden der Franzosen um die grundsätzliche Aufenthaltsgenehmigung nachgesucht worden. Etwa in Frage kommende Ausweisungen solcher Personen werden daher zurück unterbreitet.

Die mangelhafte Kartoffelversorgung der großen Städte. Die Verantwortlichen Dr. Beyer, Frau Wiber-Helbergh, Dr. Gabeln haben folgende kurze Anfrage bei der Reichlichen Nationalversammlung eingebracht: Die Kartoffelversorgung der Stadt Heidelberg ist zur Zeit äußerst mangelhaft. Es kommen nicht einmal zwei Pfund Kartoffeln in der Woche auf den Kopf der nicht zugezogen Bevölkerung. Der Erfolg in Hülsenfrüchten, soweit er überhaupt eintritt, ist unzureichend. Der eiserne Bestand der Stadt an Kartoffeln wird ständig durch die Bedürfnisse der großen Krankenhäuser in erheblicher Weise vermindert. Was gedenkt die vorläufige Reichsregierung zu tun, um diesem Mangel abzuwehren? Ist sie insbesondere bereit, jeder Stadt bestimmte Lieferquoten zuzuweisen und die Städte in die Lage zu versetzen, in ihren Lieferquoten Preisänderungen entsprechend zu reagieren?

häuser in erheblicher Weise vermindert. Was gedenkt die vorläufige Reichsregierung zu tun, um diesem Mangel abzuwehren? Ist sie insbesondere bereit, jeder Stadt bestimmte Lieferquoten zuzuweisen und die Städte in die Lage zu versetzen, in ihren Lieferquoten Preisänderungen entsprechend zu reagieren?

Verzicht der Arbeiterkassen auf Sonderzuweisung von Lebensmitteln. In einer am 26. ds. Mts. stattgefundenen, außerordentlichen Vertreterkonferenz der Arbeiterkassen und Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes wurde laut „Vollstimme“ folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die zurzeit bestehende außerordentliche Anspannung an Lebensmitteln bedingt lohnlicherweise eine außerordentliche Erhöhung aller zur Verfügung stehenden Lebensmittel, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung derselben unter unsere Volksgenossen zu ermöglichen. Infolge des Umstandes, daß in verschiedenen Fabriken und sonstigen Betrieben, trotz Aufhebung der Zuteilung von Lebensmitteln usw. an Schwerarbeiter, immer noch Lebensmittel verteilt werden, wodurch die Allgemeinheit ganz enorm geschädigt wird, beschließt die heutige Vertrauensleute-Versammlung wie folgt: Sämtliche Arbeiter verzichten zugunsten der Allgemeinheit auf jedwede Sonderzuweisung von Lebensmitteln und überweisen die eventuell noch vorhandenen Lebensmittel an das Lebensmittelamt, um dadurch der Mangelunterstützung unter der Bevölkerung Rechnung zu tragen.“

3 Rotes Kreuz Mannheim — Krankenpflege. Wir erlauben uns auf die vom 1. bis 4. März ds. Js. stattfindende Fortsetzung der Sammlung für unsere Kriegs- und Zivilverwundeten zu Gunsten der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilverwundete in Berlin hinzuweisen und bitten, namens dieser Stelle um weitere Gaben. (Siehe Kurier in heutiger Blatt.)

Der Genossenschaftsverband des landw. Betriebsgenossen hat seine ursprüngliche Tätigkeit, die während des Krieges infolge Personalmangel eingeschränkt werden mußte, wieder aufgenommen. Der Verband hat außer seinen früheren Beamten noch eine Reihe weiterer Kräfte eingestellt, die den Vereinen zur Verfügung stehen. Neben den früheren Redaktoren hat der Verband auch fünf Landwirtschaftslehrer eingestellt, die als Verbandsekretäre den Landwirten als Fachberater zur Verfügung stehen.

Stimmen aus dem Publikum.

Strassenbahnschmerzen.

Durch die Einführung des 5-Minutenverkehrs kamen die Anhängemotoren in Wegfall. Man sollte glauben, daß nach dem sich die Unbeholfenheit dieses Zustandes herausgestellt hat, endlich Abhilfe geschaffen wird. Aber immer noch ist man zu langsam und noch mehr auf der Weisheit zusammengepackt. Immer noch hängen die Jungens und auch Ältere am Teiler oder außerhalb des Wagens, sobald auf das Mittelband abgesetzt wird. Warum denn das alles? Hätte man die Anhängemotoren nicht lassen können? Mindestens aber hätte man dies in den Hauptverkehrsstunden, morgens bei Beginn der Arbeitszeit und zum Mittagstillstand, wo viele in einer knappen Stunde nach Hause eilen müssen, tun sollen. Der warum fragt man nicht dafür, daß den Schulkindern vorgeschrieben wird, daß die Strassenbahn nicht zum Eray für die bisher vermiehte Berg- und Talbahn auf den Jahrmärkten benutzt wird? Ich habe beobachtet, daß Kinder zum Zeitvertreib Strecken, wie Kottbusch bis Neckarbrunn, mit der Strassenbahn führen, um dieselbe Strecke wieder zurückzulaufen. Es sollten nur solche Kinder zur Fahrt zugelassen werden, die im Besitze von besonders dafür ausgestellten Fahrkarten über mindestens 4 Teilstrecken sind. Der heutige Straßenbahnbetrieb ist mit demjenigen zu Friedenszeiten eben nicht mehr zu vergleichen. Die Frequenz ist weit größer. Die dem Umstand muß nunmehr Rechnung getragen werden. Den Verkehrsbehörden stehen doch auch wieder Maßnahmen gegenüber. Ein Abonnent.

Kommunales.

Karlsruhe, 27. Febr. Der Stadtrat hat, von der Ermächtigung in § 10 Absatz 1 der Verordnung des Reichsausschusses für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. 11. 18 über die Erwerbslosenfürsorge Gebrauch machend, bestimmt, daß alle Erwerbslosen bis zum 20. Lebensjahre verpflichtet sind, an Lehrkursen in der Verordnung vorgegebenen Art, insbesondere von Gewerbe-, Handels- und Fortbildungsschulen (auch Arbeiter-Fortbildungskursen), — insoweit weibliche Personen in Betracht kommen, auch an den von den hiesigen Frauvereinigungen eingerichteten Näh-, Koch- und Kinderpflege-Kursen — teilzunehmen, andernfalls ihnen die Erwerbslosen - Unterstützung entzogen wird. Nach einer Aufstellung des hiesigen Arbeitsamtes Abteilung Erwerbslosenfürsorge, vom 8. 2. 19 kommen für den Besuch solcher Unterrichtskurse in Betracht: für die Fortbildungsschule (ungelernte Arbeiter) 112 männliche, 75 weibliche Personen, für die Handelsschule (kaufmännliche Angestellte) 66 männliche, 12 weibliche Personen, für die Gewerbeschule (Techniker und gelernte Arbeiter) 60 männliche Personen. Die Kurse an der Handels- und Gewerbeschule haben bereits begonnen. Da eine Angliederung der Unterrichtskurse für die ungelerten jugendlichen Arbeiter an den Fortbildungsunterricht der Volkshochschule nicht möglich ist, werden hierfür besondere Kurse eingerichtet und die Teilnehmer in 3 Gruppen eingeteilt, die Unterricht in Deutsch, besc-

ders Literatur, bürgerlichem Rechnen, Geographie, Volkswirtschaftslehre, Bürgerkunde und im Schreiben — etwa 20 Stunden in der Woche — erhalten sollen. Die Dauer der Kurse ist auf etwa zwei Monate berechnet. Ihre Kosten werden auf den Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge übernommen.

Konstanz, 27. Febr. Das Stadterordnetenkollegium hat, wie die „Konstanzer Zeitung“ berichtet, eine Sitzung abgehalten, um über das Verbleiben von Bürgermeister Hausid im Amte zu beraten. Nach längerer Aussprache wurde beschloffen, eine Deputation zu Herrn Hausid zu entsenden und an ihn das Ersuchen um weiteres Verbleiben in seinem Amte zu richten. Bürgermeister Hausid hat sich eine Bedenkzeit von 5 Tagen vorbehalten.

Aus dem Lande.

Hildesheim, 27. Febr. Mehrere Wägen zum Versand ausgegebenen Tabaks wurden in vorläufiger Nacht auf dem hiesigen Rebenbahnhof entwendet. Die Wägen, je mehrere Zentner schwer, wurden eine Strecke über das Feld geschafft und dann wahrscheinlich auf ein Fuhrwerk oder Auto verladen und entführt. Der Diebstahl geschah aus einem bereits plombierten Eisenbahnwagen. Ein Wagon wurde auf dem Wege zurückgelassen. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Stillingen, 20. Febr. Oberstleutnant von Forstner hat die einstufige Führung der 55. Infanterie-Brigade und die Geschäfte als Garnisonältester von Stillingen (bis zum Einrücken des Generalmajors von Pfeil unter Beibehaltung der Führung des Gen. Regts. 109 übernommen. — Dem am 16. d. M. als Kommandeur der 55. Inf.-Brigade ausgeschiedenen Oberst v. Selle widmet der Reichs-Befehl folgende ehrenvolle Worte: „Am 1. Januar 1918 zum Kommandeur der 55. Inf.-Brigade ernannt, hat er die Infanterie-Regimenter der Division während der schweren Kämpfe bei Bourches, in der Champagne, in den Abwehrkämpfen zwischen Aire und Raas und in den Rückzugskämpfen der Raas geführt. Wo auch die Brigade eingesetzt war, sie gelang dem Gegner der Durchbruch. Jede Stellung, jede Geländeweise wurde hartnäckig verteidigt und dem Gegner schwere Verluste beibrachte. Neben der Tapferkeit der Regimenter ist dieser große Erfolg der hervorragenden Führung und dem persönlichen rücksichtslosen Einsatz ihres Brigadeführers zu verdanken.“

Baden-Daden, 28. Febr. Unser Korrespondent teilt uns mit, daß hier die aus Rußland kommende Beleidigung von der jüngst tatsächlich durch Bolschewisten erfolgten Ermordung der russischen Großfürsten erregt worden ist. Die beiden Großfürsten sind nahe Verwandten des Großh. d. d. h. und waren Söhne der Großfürstin Olga Feodorowna, Prinzessin Gdalka von Baden, die eine Schwester des Großherzogs Friedrich von Baden war.

Kahr, 23. Febr. In den nächsten Tagen werden die eisenbüchsen Rüstlinge, die hauptsächlich aus dem Rüstwerke stammen, in ihre Heimat zurückkehren. In einer Bekanntmachung sprechen sie den Einwohnern des Bezirks Kahr ihren herzlichen Gruß aus für die Gastfreundschaft, die ihnen seit 1915 gewährt wurde. Besonderen Dank dem Herrn Rüstlingskommissar Hoffmann für seine stets zuvorkommende Hilfe. Ein herzliches Willkommen für die Rüstlinge, die nach Berlin geschickt werden sollen. Für die Rüstlinge waren 28 M. bezahlt worden.

Engen, 24. Febr. In den letzten Tagen wurde von der Grenzschutzpolizei in Engen ein französischer Soldat festgenommen, der aus der Festung Besenay nach Deutschland entflohen ist. Als Grund der Desertation gab er an, schlechte Essen und mangelhafte Kleidung. Ebenso sei ihm nach so langer Zeit der Militärdienst verleidet.

Freiburg 23. Febr. Als im November 1911 die Kronprinzessin Theresia erkrankte, erkrankte auch die in den beteiligten Kreisen die Möglichkeit einer Kurbarmachung für die Stadt Freiburg erörtert. Bei den geringen finanziellen Voraussetzungen Kronprinzessin für einen ausgedehnten Badesort und bei den hervorragenden Eigenschaften Freiburgs als waldreicher Unterwald- und Fremdenstadt schien es tatsächlich das nächste liegende zu sein, das Quellwasser durch Rohrleitungen nach Freiburg zu überführen und dort in großzügigen Kuranlagen dem Heilwunde dienlich zu machen. Diese Angelegenheit ist seither durch Ueberführungsovernahme mittels höherer Landtagsmehrheit geprüft worden und hat ein günstiges Ergebnis gebracht, jedoch ist es jetzt spruchreif gelte kann. Die künftige Kurstadt in Freiburg, deren Erstellung eine runde Summe von 1 1/2 Mill. Mark erfordert, soll alle medizinischen Heilmöglichkeiten einschließen einer elektro-medizinischen Anlage umfassen und in erster Linie den Bedürfnissen der Stadt Freiburg und ihrer Unterwald, sowie der Heilung der Kriegerverwundeten und Wunden dienen, darüber hinaus aber eine wirksame Einrichtung zur Heranziehung von Fremden zu längerem Kurgebrauch werden.

Konstanz, 25. Febr. Die Polizei verhaftete zwei entlassene Soldaten, die vor einiger Zeit in einer hiesigen Maschinenfabrik Freidriemen im Wert von etwa 1000 Mark gestohlen haben.

Cörsach, 26. Febr. Eine Schmugglergesellschaft wurde, wie der „Oberländer Boten“ berichtet, von schwedischen Posten an der Welle gefasst. Als sie auf Anruf stürzte, gab der Posten Feuer, wodurch ein Teilnehmer der Gesellschaft getötet wurde. Den Schmugglern wurden Waren im Werte von über 800 Franken abgenommen.

Sportliche Rundschau.

Sp. Sportverein 1907 Mannheim-Waldhof II — Verein für Rehnspiele II (Entscheidungsplatz) die Mannheim-Silberpokette 6:1. Vor ca 7 Wochen trafen sich auf dem Plage des Sportvereins im Waldhof obige Mannschaften im Entscheidungsspiel um den silbernen Becher. Das unentschiedene Resultat jenes hart und ausgeglichene Kampfes (2:2) veranlaßte den Waldhof, um den wertvollen Preis in ihren Besitz zu bringen, da die V. f. R.-Mannschaft in der Tabelle mit einem weiteren Verlustpunkt hinter der Mannschaft von Sportverein Waldhof stand. Dem neuen am vergangenen Sonntag erlangenen Sieg über denselben, aber bedeutend verstärkten Gegner verdankt Waldhof vor allen Dingen dem prächtigen Zusammenwirken ihrer einzelnen Spieler, in welcher hauptsächlich die Stürmerreihe hervorragendes leistete. Der Innensturm ist stets ein Schwarm des gegnerischen Torwarts. Ihr Schuß ist auf gestellt. Die Außenstürmer sind flink und flatternd, die drei Stürmer im allgemeinen sehr gut. Alle diese Eigenschaften entsprechen den hohen Erwartungen der drei zuletzt ausgetragenen Spiele um die Silberpokette: gegen V. f. R. (Rekorde 7:2; M. f. C. (Pöhlitz 8:0 und V. f. R. 6:3 Tore. Sportverein Waldhof hatte am vergangenen Sonntag folgende Mannschaft aufgestellt: Haag; Krause und Förder; Beckenbach, Thamm (Spielführer) und Wadel; Schärer, Heilmann, Bausch, Strauch und Kadina. Als Schiedsrichter waltete Herr Schumacher (Pöhlitz-Mannheim) in einwandfreier und unparteilicher Weise.

dra. Der Deutsche Reichsausschuß für Erbescheidungen hielt dieser Tage in Berlin seine jährliche Erbescheidungs-Sitzung ab, die von Dr. Martin geleitet wurde. Die Verammlung setzte zur Verwaltung des Erbescheidungs-Gebietes die Fortsetzung der Erbescheidung des weiblichen Geschlechts und die Durchberatung der Fortsetzung des Deutschen Sportabzeichens herausgenommen und Sonderausschüssen übertragen. Zur Veranstaltung von Leistungsprüfungen für die Jugend beiderlei Geschlechts in ganz Deutschland gab der Reichsausschuß grundsätzlich seine Zustimmung. Ebenso fand der vom Reichsausschuß vorgesehene Wettbewerbsplan für das Jahr 1919 die Billigung der Verammlung; er wird demgemäß zur endgültigen Entscheidung der für den 12. April festgesetzten Jahresversammlung vorgelegt werden. Der Arbeitsplan enthält u. a. die Vorbereitung der für das Jahr 1921 geplanten ersten Deutschen Kampfspiele — Die Abendung einer Denkschrift an die Abgeordneten der Nationalversammlung wurde, einem Entroge des Deutschen Fußball-Bundes zufolge, gut geheißen.

Neue Fabeln.

Von Paul Alexander Schellker.

Der Hahn.

„Mit köstlicher Grandezza schritt der Haushahn über den Hof.“
„Warum kräht du eigentlich jeden Morgen, mein Gebieter?“
„Trage ihn sein Viehgebühn.“
„Dann ist die Sonne aufgeht!“ sagte der Hahn gelassen.
„Und warum kräht du am Tage?“
„Da mach ich das Wetter!“
„Und des Abends?“
„Das Abends schla ich die Sonne zur Ruhe!“ erwiderte der Hahn.

„Da hingen alle Hühner mit abgöttischer Verehrung an dem Hahn.“
„Über eines Tages erarist ihn die Bäuerin und schlachtete ihn.“
„Da mord es Morgen, Mittag und Abend, ohne daß der Hahn kräht. Und die Hühner singen an, den Abgottgebetenen einen Namen zu nennen.“
„Sein Viehgebühn aber sprach:
„Woh, wie ein großer Held er war! Selbst im Tode noch regiert er den Kopf der Sonne und den Wohlstand des Beketers!“

Der Spatz im Starenhaus.

„Welches Recht für alle!“ rief ein Spatz, der sich im Starenhaus eingemischt hatte, als das Starenpaar sich bitter über den Staren beschwerte.
„Welches Recht für alle!“ schwurte der Koter, als er bei einem nächtlichen Besuch des Starenhauses den Spatz antraf, und er verzehrte ihn.

Müde und Elefant.

„Es mag,“ sprach der Elefant grinsend zur Müde, „daß die Menschen es verstehen, aus dir meinsglichen zu machen.“
„O, ich bin gar nicht so anspruchsvoll.“ lummte leise die Müde, „mir genügt zu erfahren, wo du Dichhüter deine empfindliche Stelle hast. Ach, sehen!“ und sie schloß ihn in die rechte Hand des Rüssels, daß er schlief.

Vermischtes.

Waldschneckenbeobachtungen in Etrol.
Der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein hat auch in diesem Jahre wieder eine Rodung und Ueberwachung der Deltalot beobachtet vornehmen lassen, die deshalb von großem praktischen Wert ist, weil die vorerwähnten Waldschnecken schon öfters Seen aufzuwachen und Verwüstungen angerichtet haben. Auch diesmal konnte eine Reinigung der Waldschnecken zum Vorkommen beobachtet werden. Den größten Verlust mit 33 Weiser weist der von der Weiser nach Südosten abfließende Rosenkarferner auf. Vor-

